

INFORMATION

zur Pressekonferenz mit

Landeshauptmann
Mag. Thomas **Stelzer**

Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Manfred **Haimbuchner**

15. Februar 2019

zum Thema

**„Chancen statt Schulden: Finanzpolitischer
Ausblick bis 2023“**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Öö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Das Richtige für OÖ tun

Mit dem Landeshaushalt **2018** wurde eine **neue Zeit** in der oberösterreichischen Finanzpolitik **eingeläutet**: erstmals seit 2010 wurden **keine neuen Schulden** gemacht, erstmals seit 2002 wurden wieder **Schulden abgebaut**.

Mit seinem zweiten Budget als Finanzverantwortlicher setzt Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer den „**Chancen statt Schulden**“-Kurs für Oberösterreich **auch im Jahr 2019 konsequent fort**:

- Die **Neuverschuldung** beträgt **null Euro**
- Der **Schuldenabbau wird fortgesetzt**. Im VA 2019 werden rund 90 Millionen Euro Schulden zurückgezahlt und somit deutlich mehr als im VA 2018 (rund 67 Millionen Euro).

Dabei **dreht** Oberösterreich **nicht an der Gebührenschraube**, hebt es doch mit 19 Euro **pro Kopf die geringsten Landesabgaben** (ohne Wohnbauförderungsbeitrag) ein. Zum Vergleich: in Tirol liegt die Abgabenquote bei rund 130 Euro pro Kopf.

„Wir sorgen in Zeiten vor, in denen es uns wirtschaftlich gut geht und in dem wir uns die Frage stellen, was wir in der Hochkonjunktur tun können, damit wir für schwierigere Phasen gerüstet sind. Wir haben für unser Land und die Menschen zum richtigen Zeitpunkt das Richtige getan. Daher bin ich auch optimistisch, dass wir den Schwung länger mitnehmen können als andere“, ist **Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer** überzeugt.

„Eine vorausschauende Haushaltspolitik stellt rechtzeitig die Weichen, damit im Falle eines konjunkturellen Rückganges keine bösen Überraschungen drohen. Die finanzpolitische Mehrjahresplanung ist ein Instrument, um für derartige Situationen gewappnet zu sein. Sollten die derzeitigen Prognosen eintreten und das Wachstum zurückgehen, sind wir vorbereitet“, sieht **Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner** das Land gut aufgestellt.

Vergleichbare Bundesländer erwarten für das Jahr **2019** erneut **Haushaltsdefizite** im dreistelligen Millionenbereich. „*Wir haben Dinge in Angriff genommen, die andere Länder noch vor sich haben. Andere Länder reden davon, keine Schulden mehr zu machen. Oberösterreich redet nicht, Oberösterreich handelt*“, so **Landeshauptmann Stelzer** über den oberösterreichischen Weg.

Bis 2023: 500 Millionen Euro Schulden weniger

Der neue finanzpolitische Weg wird auch in den nächsten Jahren weitergegangen und zeigt sich bereits in der Mehrjahresplanung des Landes Oberösterreich bis zum Jahr 2023. **Obwohl** sich abzeichnet, dass das **Wirtschaftswachstum** in den nächsten Jahren etwas **geringer** ausfallen und sich auch die **Steuerreform** des Bundes im **Landeshaushalt niederschlagen** wird, weist der finanzpolitische Ausblick bis zum Jahr 2023 **jährlich Haushaltsüberschüsse** aus.

- In den kommenden vier Jahren werden **Überschüsse im gesamten oberösterreichischen Haushalt** erwartet – **in Summe** rund **42 Millionen Euro**.
- Die prognostizierte **Auswirkung der Steuerreform** des Bundes ist in Summe **mit rund 300 Millionen Euro berücksichtigt**.
- **für zentrale Zukunftsprojekte** wurde in der Mehrjahresplanung **finanziell vorgesorgt**.
 - o Beispiele:
 - § **400 Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigung**
 - § **Breitbandausbau**

§ Verkehrsprojekte (zB zweite Straßenbahnachse in Linz)

- **Von 2019 bis 2023 reduzieren sich die Finanzverpflichtungen¹ des Landes um rund 500 Millionen Euro**
- Die **freie Finanzspitze** wird voraussichtlich von derzeit 8,38 % bis zum Jahr 2023 auf 8,53 % **steigen**.

*„Die finanzpolitische Mehrjahresplanung bis 2023 ist ein wichtiges Signal für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Es ist ein Versprechen an die Jugend, aber auch an bestehende und künftige Investoren am Standort Oberösterreich einer neuen und generationengerechten Finanzpolitik, die beides ermöglichen soll: Sparen und Investieren. Die wichtigste Währung in einer globalisierten Welt sind weder der Dollar noch der Euro, die wichtigste Währung ist Vertrauen. Dieses Vertrauen erwirbt man als Standort nur durch verlässliche Politik und gesunde Finanzen“, so **Landeshauptmann** Mag. Thomas **Stelzer** weiter.*

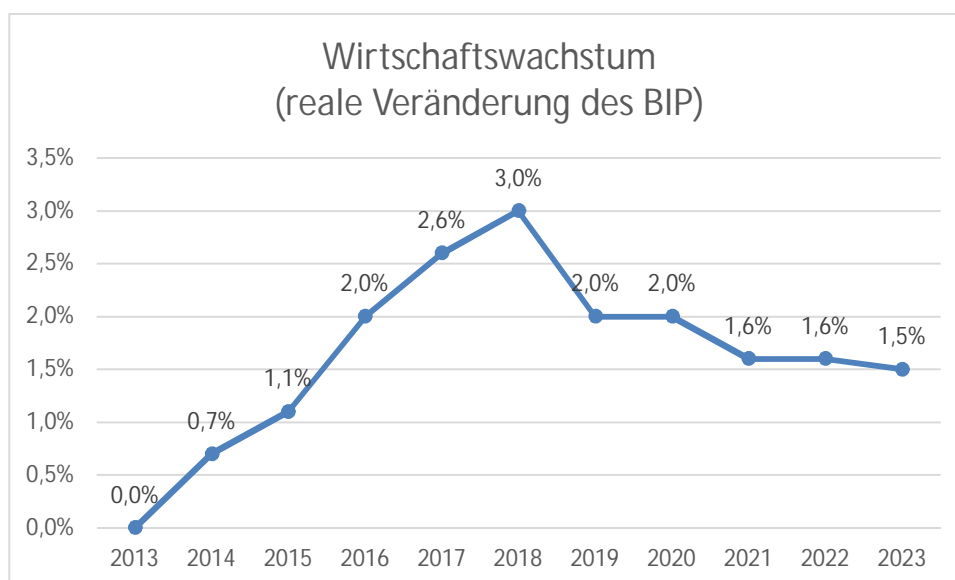
*„Die Stabilität des Haushaltes ist Richtschnur für unsere Politik und eine der Stützen des wirtschaftlichen Erfolges in Oberösterreich. Im Herzen der österreichischen Industrie, wo Zukunft entschieden wird, hat eine verantwortungsvolle und vorausschauende Haushaltspolitik auch wesentlichen Einfluss auf die zukünftigen, politischen Möglichkeiten zur Gestaltung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Während in anderen Bundesländern zum Teil mehrere hundert Millionen Euro Neuverschuldung angehäuft wurden, hat Oberösterreich einen anderen Weg eingeschlagen und ist so auch zum Vorbild für die Bundesregierung geworden“, hält **Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner** fest.*

¹ Oö. LRH Initiativprüfung Rechnungsabschluss 2017 des Landes OÖ, Tabelle 22

Wirtschaftliche Ausgangssituation für die mehrjährige Finanzplanung

- Die Kernaussage der mittelfristigen Konjunktur-Prognose des WIFO vom Oktober 2018 lautet: „**Wachstum schwächt sich bis 2023 weiter ab**“.
- Konkret hält das WIFO fest, dass sich die österreichische Wirtschaft seit der zweiten Jahreshälfte 2016 in einem Konjunkturaufschwung befindet, der im Jahr 2018 mit 3 Prozent Wirtschaftswachstum voraussichtlich seinen Höhepunkt erreicht hat. Danach wird erwartet, dass die internationale Konjunktur zunehmend an Dynamik verliert: **Für die Jahre 2019 bis 2023 rechnet das WIFO daher mit einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent.**
- Das Lohneinkommen pro Kopf wird mit einem Zuwachs von 2,3 Prozent pro Jahr angenommen. Für die kommenden fünf Jahre wird außerdem mit einer Inflationsrate von durchschnittlich knapp 2 Prozent gerechnet.

Im Detail geht die WIFO-Prognose von folgende Eckdaten aus:

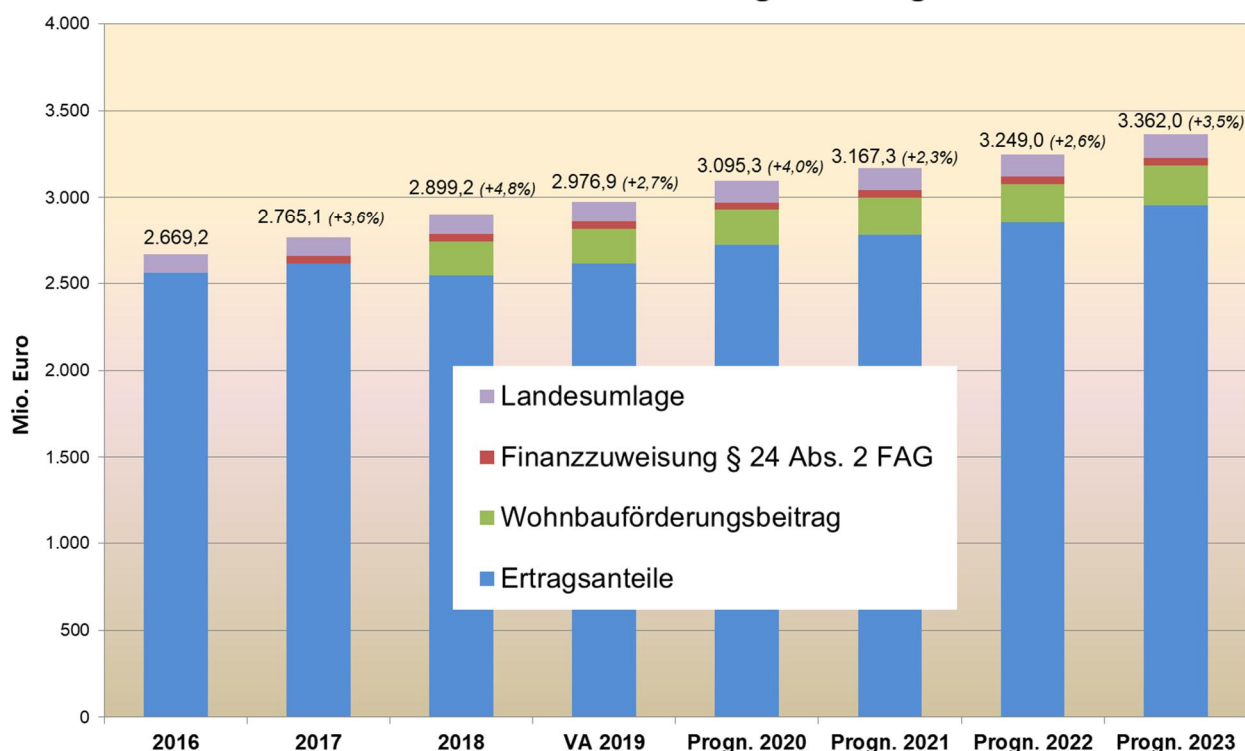


	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	Veränderung gegen das Vorjahr in Prozent					
Real	+3,0%	+2,0%	+2,0%	+1,6%	+1,6%	+1,5%
Nominell	+4,7%	+4,1%	+3,9%	+3,5%	+3,5%	+3,2%
Verbraucherpreisindex (VPI)	+2,1%	+2,1%	+2,0%	+2,0%	+2,0%	+1,9%

WIFO Mittelfristprognose 26. Oktober 2018

Grafik: Land OÖ

FAG - Einnahmenentwicklung und - Prognose



Grafik: Land OÖ

- Für die Planung der Ertragsanteile steht eine Prognose des Bundesministeriums für Finanzen vom Oktober 2018 zur Verfügung, die auch eine mittelfristige Prognose bis einschließlich 2023 enthält, jedoch mit dem Hinweis, dass die geplante Steuerreform mit Auswirkungen auf die Erträge an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben nicht berücksichtigt ist. Im Bundesfinanzrahmen 2019 – 2022 sind als „Vorsorge für Steuerreform“ 1,35 Mrd. Euro 2021 bzw. 2,2 Mrd. Euro 2022 einkalkuliert.

- Die Steuerreform des Bundes wird ein höheres Gesamtvolumen aufweisen als im Bundesfinanzrahmen 2019 – 2022 einkalkuliert wurde. Daher wurden in der Mehrjahresplanung 2019 bis 2023 Mindereinnahmen für das Land Oberösterreich aus einer Steuerreform auf Basis bisher publik gemachter Informationen, vorsorglich, ohne Präjudiz für eine Mitfinanzierung des Landes berücksichtigt.
- Ferner fallen in den Planungszeitraum auch Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich ab dem Jahr 2022. Die Einnahmenprognose geht für die Jahre ab 2022, auch ohne Präjudiz eines allfälligen Verhandlungsergebnisse, von einem Weiterbestand des Finanzausgleichs in bestehender Form aus.

Die finanzpolitische Mehrjahresplanung bis zum Jahr 2023 im Detail

Nach den Bestimmungen des österreichischen Stabilitätspaktes 2012 haben die Gebietskörperschaften einen authentischen und mittelfristigen Haushaltsrahmen entsprechend der unionsrechtlichen Vorgaben zu erarbeiten. Für Oberösterreich ergibt die finanzpolitische Mehrjahresplanung in den kommenden vier Jahren einen Überschuss im gesamten Haushalt.

Haushaltsergebnisse nach den Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (in Euro):

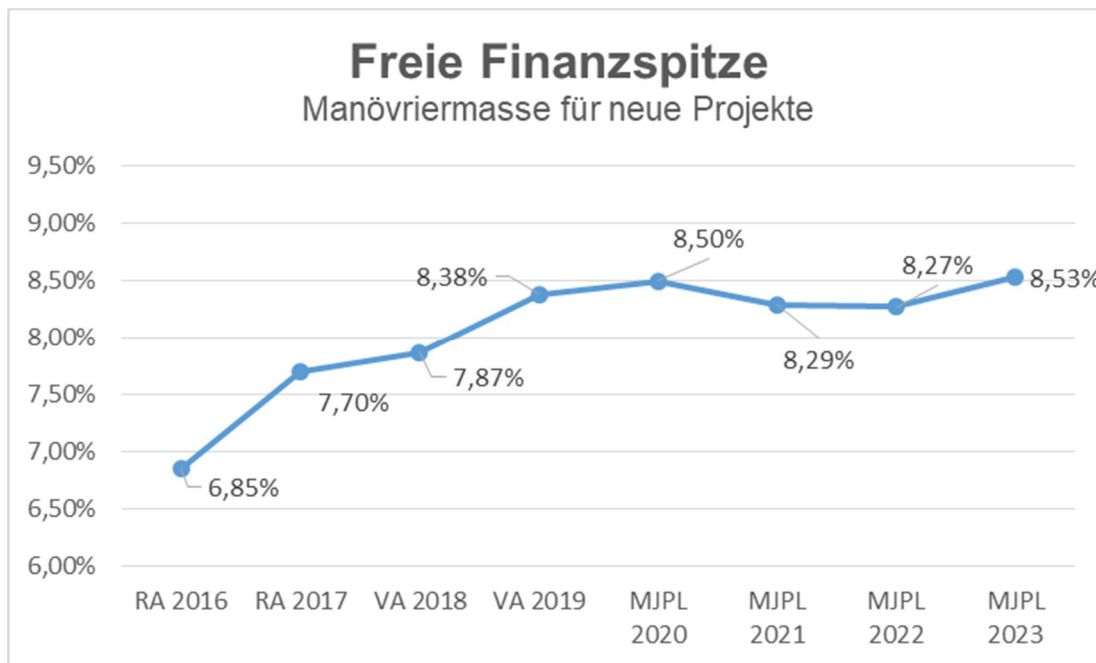
	VA 2019	MJPL 2020	MJPL 2021	MJPL 2022	MJPL 2023
	in Mio. Euro				
Ausgaben	5.715,9	5.874,1	6.027,1	6.167,3	6.310,9
Einnahmen	5.715,9	5.896,9	6.090,2	6.290,3	6.450,5
Haushaltsüberschuss	0,0	22,8	63,1	123,1	139,6
mögliche Steuerreform	0,0	7,0	56,0	114,0	130,0
Haushaltsüberschuss inkl. Steuerreform	0,0	15,8	7,1	9,1	9,6

Grafik: Land OÖ

Die freie Finanzspitze als Verhältnis der laufenden Gebarung zu den laufenden Einnahmen, und somit als Indikator für die Manövriermasse für neue Projekte, ergibt sich wie folgt:

	VA 2019	MJPL 2020	MJPL 2021	MJPL 2022	MJPL 2023
Freie Finanzspitze	8,38%	8,50%	8,29%	8,27%	8,53%

Grafik: Land OÖ



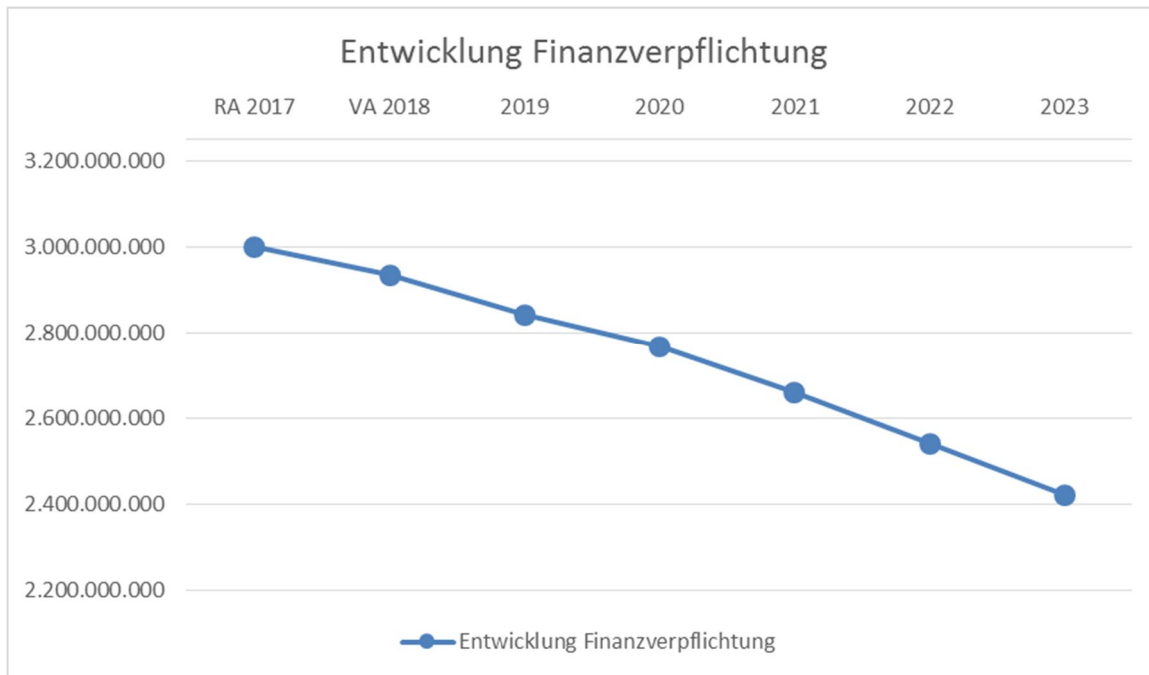
Grafik: Land OÖ

Mit dieser Mehrjahresplanung werden auch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, die seitens des **Oö. Landesrechnungshofes publizierte Übersicht der Finanzverpflichtungen²**, in den kommenden Jahren kontinuierlich zu reduzieren. Ausgangsbasis sind gemäß dem Rechnungsabschluss 2017 Finanzverpflichtungen in der Höhe von 3,063 Milliarden Euro.

So sind auf Basis der finanzpolitischen Mehrjahresplanung folgende Tilgungen von Finanzverpflichtungen in den nächsten Jahren vorgesehen:

- **2019:** 90 Millionen Euro
- **2020:** 76 Millionen Euro
- **2021:** 108 Millionen Euro
- **2022:** 120 Millionen Euro
- **2023:** 118 Millionen Euro

² Oö. LRH Initiativprüfung Rechnungsabschluss 2017 des Landes OÖ, Tabelle 22



Grafik: Land OÖ

Besondere Planungsaspekte

- Die Schwerpunktsetzungen des Landeshaushaltes 2019 (z.B. Gesundheit, Forschung & Wissenschaft, Breitbandausbau) wurden auch in der Mehrjahresplanung berücksichtigt und für die Folgejahre in gleicher Höhe fortgeschrieben. Darüber hinaus wurden in dieser MJPL auch zusätzliche Schwerpunktsetzungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs berücksichtigt.
- Für den Bereich Soziales wurden die Ausgaben und Einnahmen ausgehend vom Voranschlag 2019 eine Steigerung von 3 Prozent zuzüglich der notwendigen Mittel für die Umsetzung der 400 dringendsten Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigung angesetzt.
- Die Amtssachausgaben wurden mit einer Steigerung von einem Prozent angesetzt.